

Der externe Standpunkt

Gewalt gegen Frauen ist ein grosses Hindernis für jede Entwicklung

Wo Frauen misshandelt, entrechtet und ausgebeutet werden, leidet

das Fortkommen ganzer Länder. Der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist

deshalb auch eine aussenpolitische Priorität, **meint Didier**

Burkhalter

Vor einem Monat habe ich an der Jahrestagung der Abteilung Menschliche Sicherheit des Departements für auswärtige Angelegenheiten die Uganderin Victoria Nyanjura kennengelernt. Eine junge, intelligente Frau mit einer erschütternden Vergangenheit. Sie wurde mit 14 Jahren von der Rebellengruppe Lord's Resistance Army gefangen genommen und war gezwungen, acht Jahre als Kindersoldatin in der Rebellengruppe zu verbringen, wo sie während ihrer Gefangenschaft gravierende körperliche und sexuelle Gewalt erlebte. Statt zur Schule gehen zu können, wurde sie zwangsverheiratet und hat nach Vergewaltigungen mehrere Kinder zur Welt gebracht. Ihre Schilderungen haben mich tief erschüttert. Sie ist kein Einzelfall. Gewalt an Frauen und Mädchen ist weit verbreitet, nicht nur in Kriegszeiten. Ein gewaltfreies Leben ist ein Menschenrecht, für das wir uns einsetzen müssen. Es muss alles getan werden, Schicksale wie jenes von Victoria zu verhindern.

Gewalt gegen Frauen findet in allen Ländern und in allen sozialen Schichten statt, Tag für Tag. Sie kommt in Friedens- und Kriegszeiten vor. Sie hat viele Formen und reicht von häuslicher sowie sexueller Gewalt über Frauenhandel bis zu Genitalbeschneidungen und Steinigungen. Laut dem Uno-Generalsekretär ist Gewalt gegen Frauen die allgegenwärtigste Menschenrechtsverletzung der Welt. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sind über ein Drittel aller Frauen weltweit von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Jedes Jahr werden zum Beispiel weltweit 14 Millionen Mädchen zwangsverheiratet und damit Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt. Zudem werden sie dadurch sehr oft um eine Schulbildung betrogen. Gewalt ist auch in der Schweiz ein Problem: So sterben hierzulande pro Monat zwei Menschen aufgrund häuslicher Gewalt, die meisten der Opfer sind Frauen.

Solche Gewalt bedeutet nicht nur grosses Leid und gravierende Menschenrechtsverletzungen, sie behindert auch massgeblich die Reduktion der Armut, das wirtschaftliche Wachstum und eine nachhaltige Entwicklung. Gewaltopfer leiden psychisch oder körperlich und sind darum vielfach weniger produktiv und oft nicht mehr in der Lage, sich am Erwerbsleben zu beteiligen. Gewalt verursacht Kosten für den Staat, auch in der Schweiz: Eine vom Eidgenössischen Gleichstellungsbüro in Auftrag gegebene Studie beziffert die Kosten im Zusammenhang mit Gewalt in Paarbeziehungen hierzulande mit 164 Millionen Franken pro Jahr. Die Kosten für Gewalt gegen Frauen in der EU werden auf einen mehrstelligen Milliardenbetrag jährlich geschätzt.

Für die Schweiz sind die Gleichstellung der Geschlechter, die Frauenrechte und die Ermächtigung von Frauen eine aussenpolitische Priorität – sowohl in der Friedens- und Menschenrechtspolitik als auch in der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik. Der Bundesrat setzt sich in der Uno dafür ein, dass es in der künftigen Agenda für eine nachhaltige Entwicklung explizit ein Einzelziel zur Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Frauen und Mädchen gibt. Das Thema soll so eine hohe Priorität in der internationalen Zusammenarbeit erhalten. Ein Ziel ist es, dass sich alle Akteure dafür einsetzen, sämtliche Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt zu eliminieren. Dafür müssen auch die Ursachen von Gewalt angegangen werden. Diese wurzelt in einer traditionell verankerten, historischen Geschlechterungleichheit und in Rollenstereotypen, die Frauen und Mädchen oft weniger Rechte einräumen, während man von Männern und Knaben verlangt, immer stark zu sein. Solche Normen müssen geändert werden, um Gewalt zu verhindern. Das Problem darf auch nicht als Privatproblem von Frauen und Kindern betrachtet werden.

Es liegt vielmehr in der Verantwortung eines jeden Staates – der Schweiz ebenso sehr wie aller anderen Länder –, jede Form von Gewalt zu überwinden. Und es liegt auch in der Verantwortung aller Männer, denen Menschenwürde ein Anliegen ist.

Zwischen dem 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, und dem Internationalen Menschenrechtstag am 10. Dezember findet jedes Jahr die Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» statt. 50 Schweizer Organisationen sensibilisieren für das Thema und diskutieren in zahlreichen Veranstaltungen in der ganzen Schweiz das Gewaltproblem. Die diesjährige Kampagne engagiert sich auch für einen offenen Dialog und für Workshops mit Jugendlichen zu Gewalt in jugendlichen Partnerschaften. Damit wird ein wichtiger Beitrag an Präventionsarbeit geleistet. Die Schweiz unterstützt und begrüsst diese Kampagne. Mehr denn je bin ich überzeugt, dass Regierungen sowie internationale und lokale Organisationen alles tun müssen zur Überwindung von geschlechtsspezifischer Gewalt. Damit es keine Schicksale mehr gibt wie jenes der Uganderin Victoria Nyanjura.